

Stand: 25.12.2025 18:34:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20310

"Straßenausbaubeteilige: Keine Bescheide mehr rauschicken!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/20310 vom 24.01.2018
2. Beschluss des Plenums 17/20387 vom 25.01.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 121 vom 25.01.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Gläuber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Straßenausbaubeiträge: Keine Bescheide mehr rausschicken!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Sinne eines einheitlichen Verwaltungsvollzugs darauf hinzuwirken, dass Bescheide aufgrund von Straßenausbaubeitragssatzungen bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens nicht mehr erlassen werden.

Begründung:

Nachdem die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eingebracht hat, wurde seitens der CSU-Fraktion nunmehr ebenfalls angekündigt, mit einer Gesetzesänderung Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Jetzt noch Kommunen in die Situation zu bringen geltendes Recht umzusetzen, mit dem Wissen, dass dieses in kürzester Zeit weg fällt, ist unverantwortlich. Weiter Bescheide zu erlassen macht in diesem Fall nicht nur keinen Sinn, sondern zerstört den Rechtsfrieden und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere politische Arbeit. Daher ist es hier geboten, sofort zu handeln.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/20310

Straßenausbaubeiträge: Keine Bescheide mehr rauschicken!

Die Staatsregierung wird gebeten, die Kommunen im Sinne eines einheitlichen Verwaltungsvollzugs darauf hinzuweisen, dass Bescheide aufgrund von Straßenausbaubeitragssatzungen bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens nicht mehr erlassen werden sollen.

Die Präsidentin
I.V.

Inge Aures
II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Dr. Florian Herrmann

Abg. Klaus Adelt

Abg. Jürgen Mistol

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,

Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Straßenausbaubeiträge: Keine Bescheide mehr rausschicken! (Drs. 17/20310)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Vizepräsident, Sie sind schon gespannt, was die FREIEN WÄHLER zu diesem Antrag zu sagen haben. Wir können Ihnen die Spannung nehmen. Wir wollen, dass die Bürger und die Kommunen bei der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nicht alleingelassen werden. Die Abschaffung soll kommunal- und bürgerfreundlich erfolgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die FREIEN WÄHLER haben im letzten Herbst angekündigt, dass sie die Straßenausbaubeiträge abschaffen wollen. Das ist eine Entlastung des Bürgers. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, das fordern Sie bei jeder Bundestagswahl und bei jeder Landtagswahl. Dazu zählt auch die Abschaffung des Solidaritätszuschlags und der kalten Progression. Wir warten heute noch auf die seit über zehn Jahren angekündigten Entlastungen. Das ist der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Fraktion: Ihr redet, wir handeln.

(Horst Arnold (SPD): Sie verteilen um!)

Vier Wochen nach Ankündigung der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht. Über diesen Gesetzentwurf werden wir jetzt in den Ausschüssen beraten.

(Horst Arnold (SPD): Das ist Sozialisierung!)

Wir haben etwas auf den Tisch gelegt, während Sie die Sache mit den kommunalen Spitzenverbänden besprechen wollen und auf Zeit spielen. Sie sagen: Wir wollen vielleicht in drei Monaten soweit sein und die Straßenausbaubeiträge abschaffen.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

– Herr Kollege Reiß, beruhigen Sie sich. Ich wollte durchaus lobend erwähnen, dass es nicht lange gebraucht hat, bis sich die CSU der Initiative der FREIEN WÄHLER angeschlossen hat. Dies geschah möglicherweise nicht ganz freiwillig. Am 16. Dezember haben wir parallel zu unserem Gesetzentwurf auch die Durchführung eines Volksbegehrens beschlossen. Damit haben wir jetzt auch begonnen. Wenn das Parlament die Beiträge nicht abschafft, dann wird es das Volk mit Füßen und Händen tun. Sie werden in die Rathäuser laufen und mit ihrer Hand die Unterschrift leisten, um diese Straßenausbaubeiträge zu beerdigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber was passiert in der Zwischenzeit? – Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wird noch ein paar Tage dauern. Es kann schnell gehen, wenn ihr unserem Gesetzentwurf zustimmt. Es kann länger dauern, wenn ihr ihn ablehnt. Dann müssen wir den Weg über das Volksbegehren gehen. Ihr könnt auch etwas Taugliches und Brauchbares vorlegen. Was passiert in der Zwischenzeit bis zur Abschaffung dieser Beiträge? Wollen wir tatsächlich, dass zwischenzeitlich Gebührenbescheide verschickt, vollstreckt und die Bürger zur Kasse gebeten werden, um möglicherweise alles rückabzuwickeln, nachdem das Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Kraft getreten ist? Liebe Kolleginnen und Kollegen, was heißt das? – Das ist unnötige Bürokratie. Das ist Schikane der Bürger. Das ist Schikane der Kommunalverwaltung. Das wollen wir nicht. Deshalb haben wir diesen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Der Antrag ist tatsächlich dringend, weil jeden Tag Bescheide verschickt werden können.

Mitte Dezember habe ich Innenminister Herrmann wegen eines Falls angeschrieben. Dabei ging es um Widersprüche gegen Bescheide, die von Kommunen erlassen wur-

den. Sie wissen alle, dass Verwaltungsakte, die Geldforderungen zum Gegenstand haben, auch bei Widerspruch sofort vollziehbar sind. Wir haben im Sinne eines einheitlichen Verwaltungsvollzugs darum gebeten, dass die Kreisverwaltungsbehörden die Widersprüche aussetzen, bis das Gesetz in Kraft tritt und Klarheit darüber herrscht, wer bezahlen muss und wer nicht. Herr Staatssekretär, ich hoffe immer noch, dass sich das Innenministerium eines Besseren besinnt und eine bürgerfreundliche Linie fährt. Das ist jedoch nicht Gegenstand des heutigen Antrags.

Mit unserem Antrag fordern wir, Bescheide, die im Jahr 2018 versendet werden würden, nicht mehr zu erlassen. Wäre jetzt Dezember 2017, wäre dieser Antrag möglicherweise nicht ganz unproblematisch, weil Gebührenforderungen zum Jahresende verjähren können. Jetzt befinden wir uns jedoch am Jahresanfang. Wenn die Kommunen keine Beitragsbescheide herausschicken, kann auch nichts passieren. Deswegen fordern wir die Staatsregierung im Sinne einer bürgerfreundlichen Handhabung auf, auf die Kommunen positiv einzuwirken. Natürlich kann sie nichts verordnen, aber sie kann Handlungsempfehlungen geben.

Ich weiß, dass die CSU-Fraktion ein paar redaktionelle Änderungen an unserem Antrag möchte. Ich habe mit Kollegen Dr. Herrmann gesprochen. Ich halte diese Anregungen für sinnvoll. Wir werden sie akzeptieren. Der Kollege wird sie noch im Einzelnen vorstellen. Wir werden unserem Antrag in der leicht geänderten Fassung – die Änderung ist mehr oder weniger redaktioneller Natur – natürlich zustimmen. Mir wurde signalisiert, dass die CSU-Fraktion mit uns auf einer Linie ist. Ich begrüße das sehr.

Der Bevölkerung draußen ist es definitiv nicht zu vermitteln, dass die Kommunen Beitragsbescheide herausschicken, während die Bürgerinnen und Bürger sagen: Ich lese in der Zeitung, dass die FREIEN WÄHLER, die CSU und die Bürger die Straßenausbaubeiträge abschaffen wollen, trotzdem bekomme ich einen Bescheid. -Damit würden wir unseren Kommunen den Schwarzen Peter zuschieben und erhebliche Mehrarbeit verursachen, die überflüssig ist. Außerdem würden wir die Bürger belasten, die vielleicht noch einen Kredit aufnehmen oder einen Ratenzahlungs- oder Stundungsan-

trag stellen müssen. All das wollen wir ihnen ersparen, deswegen unser Appell, keine Gebührenbescheide mehr herauszuschicken, bis das Gesetz unter Dach und Fach ist. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bevor ich Herrn Dr. Herrmann das Wort erteile, teile ich Ihnen mit, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Bitte schön, Herr Dr. Herrmann.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Vormittag haben wir schon ausführlich über das Thema gesprochen. Man könnte fast sagen: Nicht täglich grüßt das Murmeltier, sondern stündlich grüßt das Murmeltier. Mit Ihrem Dringlichkeitsantrag fordern Sie die Staatsregierung auf, darauf hinzuwirken, dass Bescheide aufgrund von Straßenausbaubeitragssatzungen bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens nicht mehr erlassen werden. Das hat Herr Kollege Pohl gerade vorgetragen. Als Jurist habe ich mit einem solchen Antrag Schwierigkeiten, weil wir doch alle wissen, dass es so etwas wie die kommunale Selbstverwaltung gibt. Wir wissen, dass es im ganzen Land selbstbewusste Bürgermeister gibt, die die Rechtslage sehr genau kennen, die sehr genau wissen, was sie zu tun und zu lassen haben. Die brauchen eigentlich keine Hinweise des Bayerischen Landtags. Es entspricht auch nicht unserem Verständnis, dass das Innenministerium quasi par ordre du mufti in die Gemeinden hineinregiert. Das ist der juristische Aspekt, der mich gegenüber Ihrem Antrag etwas reserviert stimmt.

Auf der anderen Seite geht es nicht nur um juristische Spitzfindigkeiten – wir sind nicht in einem juristischen Seminar –, sondern um politische Botschaften. Die politische Botschaft ist eindeutig und klar, sie lautet: Die Straßenausbaubeuräge werden künftig nicht mehr erhoben. Das ist umso klarer, als die CSU-Fraktion dies in der letzten Woche beschlossen hat.

Darüber hinaus haben wir beschlossen, die Kommunen nicht im Regen stehen zu lassen. Bei Neuregelungen wird es kompliziert. Es ist nun einmal ein Systemwechsel von der Beitragsfinanzierung hin zu einem neuen System. Wir haben deshalb eine Übergangsphase, in der sich eine ganze Reihe von komplizierten Fragen stellt, die wir heute schon erörtert haben, die aber in Ihrem Gesetzentwurf vom Dezember letzten Jahres nicht beantwortet werden. Daran müssen wir uns jetzt machen. Das kann man aber auch wieder nicht in einem juristischen Seminar oder vom Schreibtisch aus machen, sondern wir müssen jetzt mit den Praktikern darüber sprechen, welche Fallkonstellationen es gibt, wo es Probleme geben könnte oder wo überhaupt die Gefahr droht, dass eventuell noch Bescheide verschickt werden.

Aus diesem Grund ist es folgerichtig und sinnvoll, diese Botschaft auch an die Kommunen zu senden und die Kommunen gleichzeitig zu unterstützen und ihnen eine Handlungsanweisung zu geben, wie sie mit dieser schwierigen Übergangsphase umgehen können. Deswegen schlagen wir die Umformulierung vor, dass das Innenministerium auf die vielen Fragen, die jetzt von vielen Bürgermeistern zu Recht gestellt werden, unterstützende Antworten gibt. Am Ende entscheiden natürlich die Bürgermeister selbst, ob sie Bescheide rauschicken oder ob sie es nicht mehr tun. Auf diese Weise können wir sie unterstützen, und das ist ein Teil dessen, was wir darunter verstehen, dass wir die Gemeinden nicht im Regen stehen lassen.

Deshalb soll der Antrag wie folgt lauten: "Die Staatsregierung wird gebeten, die Kommunen im Sinne eines einheitlichen Verwaltungsvollzugs darauf hinzuweisen, dass Bescheide aufgrund von Straßenausbaubeitragssatzungen bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens nicht erlassen werden sollen." Das ist die Botschaft, die wir mitgeben wollen.

Natürlich müssen wir jetzt zügig eine gesetzliche Lösung finden; denn wir sind schließlich der Gesetzgeber, und der Gesetzgeber muss genau diese Übergangsfragen in aller Ruhe und ohne unnötige Hektik lösen. Damit schaffen wir Rechtssicherheit und

geben den Gemeinden Unterstützung, und deshalb ist es auch eine kommunalfreundliche Entscheidung, wenn wir diesem Antrag in dieser Fassung zustimmen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Adelt.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte es schon für bemerkenswert, dass die FREIEN WÄHLER frühmorgens um neun Uhr ein kommunales Tohuwabohu veranstalten und sich um 14.45 Uhr als die Retter darstellen, als diejenigen, die den Ausweg aus diesem Tohuwabohu kennen. Herr Pohl, Sie haben es sehr pathetisch vorgetragen, aber mit Verlaub, von der Kommunalpolitik – – Dazu will ich mich nicht äußern.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der CSU)

Wir haben bereits heute früh darüber gesprochen. Wir brauchen bei der Abschaffung der "Strabs" Regelungen, die für die Kommunen und für die Bürger vernünftig sind. Wir hatten es vor zwei Jahren mit wiederkehrenden Beiträgen versucht, aber das hat nicht geklappt.

Bei allen Ankündigungen in der Presse werden sich viele Kommunen und viele Bürger fragen, wann denn die Straßenausbaubeitragssatzungen abgeschafft werden, wie das ausschauen soll, welche Probleme dadurch entstehen. Vorhin wurde erwähnt, wie sich die Bürgermeister verhalten, die Bescheide erlassen müssen, weil sie dazu angehalten und nach dem Gesetz verpflichtet sind. Dazu einige Fragen: Was ist, wenn am 1. Juli die neue Regelung in Kraft tritt, wenn aber Gemeinden Ausbaubeträge erhoben haben und einziehen müssten und sie es nicht mehr tun? Wirkt sich das negativ auf die neue Förderung aus? Sind gefasste Beschlüsse förderunschädlich? Müssen die Gemeinden die Beiträge erheben? Duldet es die Rechtsaufsichtsbehörde, wenn sie nicht mehr erhoben werden? Werden möglicherweise nicht erhobene Beiträge rückwirkend eingefordert? Was ist mit den Maßnahmen, die kurz vor der Verbescheidung stehen? Wer kommt dafür auf, die Grundstückseigentümer, die Kommune oder der Frei-

staat? Was ist mit der Verjährung? Ich kann nur jedem Bürgermeister raten, die Rechtsaufsicht zu Rate zu ziehen, damit er sich gesetzeskonform oder verordnungskonform verhält.

Es gibt riesige Unsicherheiten. Es gibt dazu ein Beispiel aus der Stadt Hof. Dort sollte im Dezember letzten Jahres über die Neufassung der Satzung über die Erhebung eines Straßenausbaubeitrags abgestimmt werden. Die Entscheidung wurde auf 2018 vertagt. Jetzt gilt noch die alte Fassung. Die Stadt Hof befindet sich bekanntlich in der Haushaltskonsolidierung. Muss sie jetzt die Beiträge anpassen oder muss sie es nicht? Wie wird mit ihr umgegangen werden? Wir müssen schnellstmöglich schauen, diese Fragen zu lösen.

Die Bürger dürfen nicht den Eindruck haben, dass sie möglicherweise die letzten sind, die bezahlen mussten, während alle anderen nicht mehr zahlen müssen. Um diese Rechtsunsicherheit auszugleichen, ist das geforderte Memorandum dringend nötig. Ich hielte es für sehr hilfreich, wenn wir in den Ausschüssen sachlich diskutieren, statt in jeder Sitzung eine neue "Strabs-Sau" durchs Parlament zu treiben. Es ist an der Zeit, zu Entscheidungen zu kommen und etwas Vernünftiges zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe den Eindruck, dass nicht alle an einer zügigen Abhandlung dieses Themas interessiert sind. Manche möchten es möglicherweise noch gerne bis zum Wahltag am Kochen halten. Ich bin mir aber sicher, dass wir vorher eine Lösung finden. Wir werden – trau, schau, wem – dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Mistol.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es ganz kurz machen. Bayern ist ein Rechtsstaat und keine Bananenrepublik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Kommunen müssen sich darauf verlassen können, dass das, was wir, der Gesetzgeber, beschlossen haben, auch gilt. Zumindest muss es so lange gelten, bis etwas anderes beschlossen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es handelt sich bei dem Antrag um einen unnötigen Schnellschuss. Es ist noch so viel zu erledigen, da brauchen wir diesen Antrag heute nicht zu beschließen. Er bewirkt nämlich etwas, was der Zukunft nicht standhalten wird. Ob unsere Städte und Gemeinden bis zu einer Änderung des Gesetzes Beitragsbescheide zustellen oder nicht, soll bitte schön in kommunaler Selbstverwaltung von denjenigen entschieden werden, die verantwortungsvoll und auch nicht leichtfertig mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler umgehen. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst noch einmal: Wir werden diesem Antrag in der geänderten Form zustimmen. Das habe ich bereits gesagt. Wenn hier aber von irgendwelchen "Strabs-Säuen" die Rede ist, dann muss ich Ihnen, lieber Herr Kollege Adelt, sagen: Sie haben mit dem Satz, mit dem Sie uns vorwerfen, wir würden eine "Strabs-Sau" durchs Plenum treiben, gleichzeitig gesagt, dass dieser Antrag dringend notwendig und wichtig sei. Nur wenige Menschen schaffen es, sich in einem Satz so eklatant zu widersprechen wie Sie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Adelt, wir brauchen keine Nachhilfe in Sachen Kommunalpolitik. Sie behaupten ständig, wir hätten vor zwei Jahren diesem Kompromiss im Bayerischen Landtag zugestimmt. Ich empfehle Ihnen, einmal die Protokolle nachzulesen. Kein einziger Kollege hat mit Ja gestimmt. Hören Sie endlich auf, hier im Plenarsaal diese falschen Behauptungen zu verbreiten! Das gilt auch für all diejenigen, die das bis jetzt über uns behauptet haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben diesem Kompromiss, diesem Gesetz, mitnichten zugestimmt.

Noch ein weiterer Punkt: Gerade weil wir FREIEN WÄHLER kommunalpolitische Erfahrung haben, wissen wir, wie wichtig es ist, dass die Staatsregierung bei diesem Thema für Klarheit sorgt. Herr Kollege Adelt, damit Sie das auch wissen: Die Staatsregierung ist die oberste Rechtsaufsichtsbehörde. Herr Kollege Dr. Herrmann hat recht: Die Staatsregierung darf natürlich nicht in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen, aber sie kann Empfehlungen für einen sinnvollen und gleichmäßigen Verwaltungsvollzug geben. Das ist der Sinn und das Ziel dieses Antrags. Dieser Antrag ist gut, und dieser Antrag ist richtig. Wir werden es schaffen, dass die Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden, und sorgen zusammen mit der CSU dafür, dass bis dahin ein kommunalfreundlicher Vollzug gewährleistet ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Ich werde jetzt den Beschlusstext verlesen, über den dann in namentlicher Form abgestimmt wird:

Die Staatsregierung wird gebeten, die Kommunen im Sinne eines einheitlichen Verwaltungsvollzugs darauf hinzuweisen, dass Bescheide aufgrund von Straßenausbaubeitragssatzungen bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens nicht erlassen werden sollen.

Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.02 bis 15.07 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmkarten werden außerhalb des Sitzungssaales ausgezählt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Zeit für Gerechtigkeit – Bildungsqualität erhöhen, Familien stärken" auf Drucksache 17/20309. Über diesen Antrag wird ebenfalls in namentlicher Form abgestimmt. Dafür stehen drei Minuten zur Verfügung. – Noch eine Minute!

(Namentliche Abstimmung von 15.07 bis 15.10 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Wir schließen die Abstimmung und zählen außerhalb des Sitzungssaales aus.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/20311 mit 17/20318 sowie die Drucksachen 17/20331 mit 17/20333 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Wir unterbrechen jetzt die Sitzung und warten die Ergebnisse der Auszählungen ab.

(Unterbrechung von 15.11 bis 15.12 Uhr)

Ich eröffne nun wieder die Sitzung und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Zeit für Gerechtigkeit – –

(Unruhe)

Ich bitte doch um etwas Ruhe. Wir sind in wenigen Minuten, wenn nicht sogar Sekunden fertig. Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild und anderer und Frak-

tion (SPD) betreffend "Zeit für Gerechtigkeit – Bildungsqualität erhöhen, Familien stärken", Drucksache 17/20309: Mit Ja haben 43 gestimmt, mit Nein haben 79 gestimmt, Stimmenthaltungen: 13. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Straßenausbaubeträge: Keine Bescheide mehr rauschicken!", Drucksache 17/20310: Mit Ja haben 123 gestimmt, mit Nein haben 13 gestimmt, Stimmenthaltungen gab es 4. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Wir sind jetzt am Ende der Tagesordnung. Ich schließe die Sitzung. Liebe Besucher, ich bedauere, heute sind wir viel schneller fertig geworden. Leider haben Sie nicht mehr viel miterleben können. Die Abgeordneten haben heute schnell gesprochen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 15.15 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.01.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Straßenausbaubeiträge: Keine Bescheide mehr rauschicken! (Drucksache 17/20310)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus			
Bocklet Reinholt			
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlinger Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander	X		
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald			
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes	X		
Hölzl Florian	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin			X
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünniker Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette			
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther			X
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			
Kränzele Bernd	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans	X		
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Büssinger Helga	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus			X
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			X
Straub Karl			X
Streible Florian			X
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen			X
Dr. Strohmayer Simone			X
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			X
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina			X
Unterländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			X
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard			X
Weidenbusch Ernst			X
Weikert Angelika			X
Dr. Wenger Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel			X
Widmann Jutta			X
Wild Margit			X
Winter Georg			X
Winter Peter			X
Wittmann Mechthilde			X
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef			X
Zierer Benno			X

Gesamtsumme | 123 | 13 | 4